

"Frankreich am Scheideweg" in Le Monde (22. Januar 1946)

Legende: Am 22. Januar 1946 berichtet die französische Tageszeitung Le Monde über den Rücktritt General de Gaulles von seinem Amt als Präsident der Provisorischen Regierung zwei Tage zuvor.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 22.01.1946, n° 342. Paris: Le Monde. "La France au carrefour", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/frankreich_am_scheideweg_in_le_monde_22_januar_1946-de-a1b0c013-e6d3-4c39-a5ba-3f5e620eae4b.html



Publication date: 06/07/2016

Frankreich am Scheideweg

General de Gaulle gab seinen Ministern gestern bei einer außerordentlichen Sitzung in der rue Saint-Dominique bekannt, dass er den Regierungsvorsitz nicht länger gewährleisten könne. Diese von General de Gaulle offensichtlich nach reiflicher und ernsthafter Überlegung getroffene Entscheidung wird im ganzen Land eher mit Traurigkeit und Sorge denn mit Überraschung aufgenommen. Die Franzosen wussten nur zu gut, dass es unter den drei großen Parteien der Mehrheit unter dem Deckmantel einer gespielten Einigkeit zu Auseinandersetzungen kam, die manchmal heimlich und manchmal offen ausgetragen wurden. Durch seine Bemühungen, sich ganz und gar für diese Einigkeit einzusetzen, versuchte sich de Gaulle an einer Aufgabe, deren Erfolg für viele sehr ungewiss zu sein schien.

Wäre er mehr auf seinen Ruhm und seine Ruhe bedacht gewesen, hätte de Gaulle seinen Rückzug am Tag nach den Wahlen zur konstituierenden Versammlung bekannt gegeben. Tatsächlich konnte er an diesem Tag vor den frei gewählten Volksvertretern, den Gegnern und Verbündeten, die ihn so oft schon falsch eingeschätzt hatten, verkünden, dass Frankreich nach innen und außen hin seine volle Souveränität zurückerlangt hatte und das neugegründete „Reich“ bereits auf die bevorstehende Modernisierung und Entwicklung im neuen Rahmen der französischen Union hinwies. Das zu lange unterdrückte Frankreich konnte sein Schicksal nun selbst in die Hand nehmen. Politisch gesehen wurde dieses feierliche Versprechen vom 18. Juni eingehalten.

Doch war ein so wunderbares Ergebnis für sich genommen eigentlich nur eine ungläubwürdige Legende. Es reichte nicht, Frankreich nur sich selbst zurückzugeben; es bedurfte auch des dauerhaften Wiederaufbaus einer Lebensqualität, des Strebens nach Freiheit und Disziplin, des Gefühls von Brüderlichkeit und Größe, des Fleißes sowie des Einsatzes für das öffentliche Wohlergehen. Eine solch schwierige Aufgabe konnte niemand so gut meistern wie General de Gaulle mit all seinen Qualitäten und Fehlern. Doch beabsichtigte er, bei der Erledigung dieser Aufgabe und dem Wiederaufbau Frankreichs auf jener Ebene zu bleiben, die ihm auch die Erreichung der Befreiung ermöglicht hatte: die Einnahme einer überparteilichen Rolle. Sein Rückzug wird angesichts eines so schwierigen Umfeldes weit und breit die Befürchtung hervorrufen, dass sich dieses Scheitern letztlich auch auf Frankreich selbst bezieht.

In anderen Zeiten hätten die Demokraten hieraus gerne einen Vorteil ziehen können. Doch je bedeutender ein Mann ist, desto heiliger ist die von einem Land ihm gegenüber aufgenommene Schuld und desto mehr kann dadurch das Leben der politischen Institutionen beeinträchtigt werden. Glückliche Völker haben keine Geschichte und die Undankbarkeit, auf die die Demokratien im Hinblick auf ihre bedeutenden Staatsmänner traditionell verweisen, ist vielleicht nur der aus einem konservativen politischen Instinkt resultierende Reflex.

Das ganze Elend besteht doch darin, dass es sich heutzutage kaum noch um Demokratie oder wenigstens um eine Demokratie parlamentarischer Prägung handelt. Allzu oft hat es den Anschein, als ob die Parteien die parlamentarischen Spielregeln nur deswegen – und selbst dies mit einer gewissen Ignoranz – vorübergehend in Kauf nehmen, um sie innerhalb kürzester Zeit endgültig zu verwerfen. Die gegenwärtig für uns ausgearbeitete Verfassung dürfte normalerweise recht schnell zum Triumph einer gefestigten und autoritären Demokratie führen, die unausweichlich die Diktatur eines Mannes oder einer Gruppe nach sich zieht. Die überwältigende Mehrheit der Franzosen zeigt in dieser Hinsicht weder eine entschlossene noch eine resignierte Haltung. Bei der mit der Regierungsbildung vom letzten November einhergehenden Krise bewies die kommunistische Partei mit ihrer Einstellung, dass sie die Situation in keiner Weise falsch einschätzte.

Infolgedessen sind es die Parteien der Mehrheit, und insbesondere die kommunistische und die sozialistische Partei, auf denen künftig die Verantwortung für die Zukunft lastet. Jedenfalls können auch die Vereinigten Staaten – wenn auch nicht von Rechts wegen –, ohne deren Hilfe Frankreich jegliche Hoffnung auf ein schnelles Wiedererstarken begraben muss, und die Sowjetunion, deren Einfluss mit dem Komintern keinesfalls verschwunden ist, erheblich zur Verbesserung oder Verschlechterung der Lage beitragen. Bleibt zu hoffen, dass Frankreich für die zweifelhafte Ehre, im Gleichgewicht zweier verbündeter Welten und gleichwohl inmitten entgegengesetzter Standpunkte zu stehen, nicht zu teuer bezahlen muss.